

Postulat CVP-Fraktion: "Reform des Finanzausgleichs im Kanton St.Gallen."

Das heute geltende Finanzausgleichsgesetz ist seit dem 1. Januar 1986 in Kraft. Insgesamt hat die Anwendung dieses Systems gegenüber früher wesentliche Verbesserungen gebracht. Trotzdem weist das heutige Finanzausgleichssystem Mängel auf, da es falsche Anreizstrukturen setzt, die sich lediglich nach den Ausgaben richten. Durch die fehlenden Sparanreize bedeutet dies: Wer mehr ausgibt, erhält auch mehr. Zudem besteht die Tendenz, die Steuerfüsse hochzuhalten, um der Steuerabschöpfung aus dem Wege zu gehen.

Derzeit wird die Reform des Finanzausgleichs zwischen dem Bund und den Kantonen diskutiert und voraussichtlich auf eine neue Basis gestellt. Betrachtet man die neueren internationalen Entwicklungen der Finanzausgleichssysteme, so besteht eine eindeutige Tendenz zu objektivierten, an Norm- oder Standardkosten orientierten Ausgleichssystemen.

Die Grundphilosophie dieses sogenannten Normlastenausgleichs steht im Einklang mit den Ideen, die im Zusammenhang mit der Neuordnung des Bundesfinanzausgleichs entwickelt wurden, aber auch mit dem Ansatz der wirkungsorientierten Verwaltungsführung bzw. New Public Management (NPM).

Das Ziel eines neuen Systems in Zeiten angespannter Finanzen muss sein, die Autonomie der Gemeinden zu stärken, Anreize zur wirtschaftlichen Aufgabenerfüllung zu schaffen und Effizienz- und Effektivitätssteigerungen zu honorieren.

Die Regierung wird deshalb eingeladen, zu den folgenden Fragen Bericht zu erstatten und allenfalls Anträge zu stellen.

1. Wie beurteilt die Regierung einen Systemwechsel des heutigen Finanzausgleichs hin zu einem Normlastenausgleich als wirkungsorientierte Form des Finanz- und Lastenausgleichs? Teilt die Regierung die Auffassung, dass die Gemeindeautonomie gestärkt würde und Anreize zur wirtschaftlicheren Aufgabenerfüllung gesetzt würden?

2. In welchem Zeitraum wäre eine derartige Reform des Finanzausgleichs denkbar?

3. Ist im Rahmen einer derartigen Reform ein regionaler Finanz- und Lastenausgleich möglich?»

7. Mai 1996

CVP-Fraktionj